

## Resolution

**Die GdP Niedersachsen bekräftigt weiterhin Ihre Forderung, den Castortransport 2011 abzusagen, solange die Zweifel an den offiziellen Messwerten nicht eindeutig ausgeräumt worden sind. Dazu bedarf es einer detaillierten Auseinandersetzung mit den Argumenten von externen Experten, die Messwerte erhoben haben, und deren Berechnungen. Nur wenn eine Gefahr durch Grenzwertüberschreitungen für die Bevölkerung und die eingesetzten Polizeikräfte ausgeschlossen ist, darf der Transport durchgeführt werden.**

### Begründung:

Bereits im März 2011 hat die GdP Niedersachsen einen zeitnahen Ausstieg aus der Atomenergie, eine ehrliche und ergebnisoffene Diskussion der Endlagerfrage in der gesamten Bundesrepublik, eine intensive Überprüfung der Atomkraftwerke und Zwischenlager sowie eine Garantie aller erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen gefordert. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Beschäftigten der Polizei jeden Castortransport schützen müssen und sich dabei selbst einer möglichen Gefährdung aussetzen.

Zu dieser Diskussion ist es -zumindest öffentlich vernehmbar- bislang nicht gekommen. Stattdessen sind in den folgenden Monaten immer wieder Bedenken hinsichtlich der Strahlenbelastung durch die Castoren und am Zwischenlager Gorleben aufgetreten. Im Gegensatz zum Umweltministerium des Landes Niedersachsen, das bis zum heutigen Tag betont, dass sich alle Messwerte unterhalb der zulässigen Grenzwerte bewegen, gibt es zahlreiche wissenschaftlich hinterlegte Darstellungen, dass die Erhebung und Bewertung der Strahlenwerte nicht zutreffend sind und die tatsächliche Belastung wesentlich höher ist. Dabei muss insbesondere die am 26. Oktober 2011 vorgestellte Expertise der Umweltschutzorganisation Greenpeace zu denken geben, nach der es bereits ohne die Einlagerung neuer Castorbehälter im Zwischenlager zu Strahlenwerten kommen könne, welche die zulässigen Grenzwerte überschreiten würden. Auch die von Greenpeace vorgetragene Auffassung, dass es bei Messung und Berechnung der Strahlendosen zu folgenreichen Fehlern gekommen sei, trägt aus Sicht der GdP ebenso zur Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen und der Bevölkerung bei, wie die Irritationen um abweichende Messungen unterschiedlicher vom Land beauftragter Institutionen (NLWKN, PTB, TÜV Nord).

Aufgrund des derzeitigen Sachstandes muss bis auf weiteres davon ausgegangen werden, dass sich überhöhte Strahlenwerte im Umfeld des Zwischenlagers Gorleben nicht zweifelsfrei ausschließen lassen, was aufgrund der dann zu befürchtenden radioaktiven Belastung der Bevölkerung und der eingesetzten Polizeikräfte eine Absage des bevorstehenden Castortransportes zur Folge haben muss.